

EU-Parlament fordert Schutz vor Elektrosmog

Abgeordnete ärgern sich über untätige Kommission

VON HANNAH ROTH

Brüssel. Schnurlose Telefone, kabelloses Internet, Handys: Wegen solcher Geräte wabern diverse elektromagnetische Wellen durch unsere Wohnzimmer. Da noch immer ungeklärt ist, wie sie auf den menschlichen Körper wirken, fordert das Europaparlament, den Strahlenschutz der Bürger zu verbessern. Die EU soll neue Grenzwerte so niedrig wie möglich ansetzen und die Forschung stärken. Für Kinder sei ein besonderer Schutz vonnöten, heißt es in der Resolution, die vom Plenum gestern verabschiedet wurde.

80 Prozent der Europäer fühlen sich zu wenig informiert, was Risiken und Schutzmöglichkeiten vor elektromagnetischen Strahlen angeht. Zu dem Ergebnis kommt eine Eurobarometer-Umfrage von 2007. Immer mehr Bürger seien über die gesundheitlichen Auswirkungen besorgt, sagte die für das Thema im Plenum verantwortliche belgische Abgeordnete Frédérique Ries.

Ries kritisierte vor allem die Untätigkeit der EU-Kommission. So habe die Behörde bereits vier Millionen Euro in ein Forschungsprojekt über die Auswirkungen der Strahlung gesteckt, Ergebnisse stünden aber noch immer aus. Vor gut neun

Jahren begann die Untersuchung. Eigentlich hätten die Ergebnisse 2006 veröffentlicht werden sollen. Angeblich können sich die Forscher über die Interpretation der Resultate nicht einigen.

Die Abgeordneten wollen sich aber nicht länger hinhalten lassen und fordern von der EU mehr Vorsorge. Man wolle nicht erst abwarten, bis sich die Krebserkrankungen häufen. Deshalb müsse man die Risiken eindämmen, indem man Strahlen-Grenzwerte so niedrig wie möglich ansetze. Derzeit gibt es in der EU nämlich keine gesetzlich vorgeschriebenen Mindestschutznormen.

Zwar haben sich die Mitgliedsstaaten auf Empfehlungen geeinigt, doch diese sind schon zehn Jahre alt. Was Handy, Modem und Co. angeht, sollen Hersteller in die Pflicht genommen werden und die Strahlendosis in Zukunft genau ausweisen. Für die Verbraucher wünscht sich das EU-Parlament umfassende Informationskampagnen, die über Drahtlostechnologie und Schutzvorschriften aufklären. Da davon ausgegangen wird, dass die Strahlung für Kinder ein größeres Risiko darstellt, müssten Handybetreiber ihre auf kleine Kunden zugeschnittenen Werbemethoden überdenken, heißt es in der Resolution.